



**Antworten der  
Christlich-Sozialen Union in Bayern e.V. (CSU)  
auf die Fragen von  
Aktionsgruppe Schluss mit Kliniksterben in  
Bayern**

**1. Deutsche Krankenhäuser stehen finanziell und personell vor großen Herausforderungen. Hält Ihre Partei eine große Krankenhausreform für ...**

- **dringend erforderlich**
- **erforderlich**
- **nicht erforderlich**

**Antwort:**

Unsere Krankenhäuser sind unverzichtbar. Wir wollen sie sichern und bedarfsgerecht weiterentwickeln. Wir wollen alle Beteiligten unterstützen, moderne sektorenverbindende Strukturen zu schaffen. Unsere Krankenhauslandschaft befindet sich in einem andauernden Prozess der Umstrukturierung, wie durch die Veränderung der Verweildauern und die zunehmende Ambulantisierung deutlich wird. Die aktuellen, bundesrechtlich geregelten Rahmenbedingungen (wie bspw. das DRG-System und Personalvorgaben) haben zu einem Trend der Konzentration der Leistungsangebote geführt. Eine weitere entscheidende Herausforderung der kommenden Jahre wird der eklatante Fachkräftemangel in nahezu allen an der Krankenhausversorgung beteiligten Fachgruppen sein. Gerade in einem Flächenland wie Bayern spielt auch eine gute Notfallversorgung eine bedeutende Rolle. Diese Sicherheit muss unter anderem durch eine solide Krankenhausstruktur abgedeckt werden.

Wir sehen daher eine Krankenhausreform als dringend erforderlich an. Wichtig ist uns dabei die Erarbeitung und Umsetzung einer tragfähigen Krankenhausreform, bei der die Länder miteinbezogen werden. Die verfassungsmäßig festgelegte Planungshoheit der Länder muss gewahrt bleiben. Notwendige Strukturänderungen lassen sich zudem nicht allein durch Umschichtungen innerhalb des Systems finanzieren. Hierfür müssen zusätzliche finanzielle Mittel seitens der Bundesregierung zur Verfügung gestellt werden. Wir brauchen eine Vergütungsreform und die Finanzierung der Vorhaltevergütungen muss sich an den tatsächlichen Kosten orientieren. Die CSU ist und bleibt ein starker Partner der Krankenhäuser in Bayern.

**2. Lauterbachs große Krankenhausreform plant die Untergliederung der Krankenhäuser in Level 3, 2, 1n (mit) und 1i (ohne Notfallversorgung). Würde Ihre Partei dieses Modell für Bayern unterstützen?**

- **Ja**
- **Nein, wir werden über unseren Landesverband im Bundesrat dagegen intervenieren.**

**Antwort:**

Wir lehnen die seitens der aktuellen Bundesregierung angedachte Einführung von Versorgungsleveln für Krankenhäuser ab. Wir stimmen der Einführung von Leveln auch dann nicht zu, wenn wie laut Aussage des Bundesgesundheitsministeriums die Versorgungslevel nicht mehr an Leistungsgruppen geknüpft sein sollen. Für uns ist klar: Wir wollen bewährte Strukturen nicht über die Einführung von Leveln gefährden und sehen weiterhin keine Verbesserung der Transparenz für die Patientinnen und Patienten.

**3. Bundesgesundheitsminister Lauterbach plant die Aufgliederung der operativen Krankenhausfinanzierung in Vorsorgepauschalen. Der Budgetdeckel bleibt. Würde Ihre Partei dieses Modell für Bayern unterstützen?**

- Ja
- **Nein, wir werden über unseren Landesverband im Bundesrat dagegen intervenieren.**

**Antwort:**

Als CSU befürworten wir grundsätzlich die Einführung von Vorhaltepauschalen. Allerdings müssen für eine auskömmliche Finanzierung der Krankenhäuser auch genügend finanzielle Mittel zur Verfügung gestellt werden. Notwendige Strukturänderungen lassen sich nicht allein durch Umschichtungen innerhalb des Systems finanzieren. Hierfür müssen finanzielle Mittel seitens der Bundesregierung zur Verfügung gestellt werden. Wir brauchen eine Vergütungsreform und die Finanzierung der Vorhaltevergütungen muss sich an den tatsächlichen Kosten orientieren. Wir werden die Krankenhausreform weiterhin konstruktiv begleiten – wenn diese der Versorgung der Menschen in Bayern gerecht wird, aber nur dann, werden wir diese im Bundesrat unterstützen.

**4. Das Bündnis Klinikrettung hat das Modell „Selbstkostendeckung der Krankenhäuser“ entwickelt. 145.000 klinische Mitarbeiter kodieren und dokumentieren keine Fallpauschalen, sondern behandeln Patienten. Würde Ihre Partei dieses Modell für Bayern unterstützen?**

- Ja
- **Nein**

**Antwort:**

Die Betriebskostenfinanzierung ist Bundesangelegenheit – und sollte deshalb auch bundeseinheitlich erfolgen. Das positive an der Krankenhausreform ist, dass von der bisherigen Ausgestaltung des DRG-Systems Abstand genommen worden ist.

**5. Jeder Bürger in Bayern sollte ein Allgemeinkrankenhaus mit Innerer Medizin, Chirurgie, Geburtshilfe, Intensiv- und Notfallmedizin binnen 30 Fahrzeitminuten erreichen können.**

**Würde Ihre Partei dies in einer Regierung garantieren?**

- **Ja**
- **Nein**
- **Wir fordern andere Mindeststandards.**

**Antwort:**

Bei medizinischen Notfällen gibt es einen kritischen Faktor: Zeit! 30 Minuten Fahrzeit bilden einen kritischen Schwellenwert, um die Erreichbarkeit zu beurteilen. Nur wenn ein geeignetes Krankenhaus in diesem Zeitraum angefahren werden kann, lässt sich von Erreichbarkeit „im grünen Bereich“ sprechen. Der Schwellenwert ist aus den Leitlinien für medizinische Notfallversorgung abgeleitet. Danach sollten zwischen Eingang eines Notrufs in der Leitstelle und Übergabe des Patienten an eine geeignete Klinik nicht mehr als 60 Minuten vergehen.

Auch deshalb bringen wir uns in der derzeitigen Reformdebatte um die Krankenhausreform engagiert ein. Ziel ist es, dass die Versorgung der Menschen weiterhin gewährleistet ist. Feste Minutenwerte müssen nicht unbedingt zielführend sein. Sinnvoll könnte aber sein, dass es je nach Bundesland Ausnahmen von Strukturanforderungen gibt.

**6. Bayern stellt jährlich 643 Mio. Euro an Investitionsfördermitteln zur Verfügung. DKG und bayerische SPD ermitteln in Bayern einen jährlichen Bedarf von 1 Mrd. €.**

**Würde Ihre Partei dies in einer Regierung garantieren?**

- **Ja**
- **Nein**

**Antwort:**

Schon heute investiert Bayern von allen Flächenländern am meisten in seine Krankenhäuser – alleine seit 2018 insgesamt weit über 3 Mrd. Euro. In den nächsten Jahren wollen wir die Krankenhausinvestitionen auf 1 Mrd. Euro im Jahr steigern – über die Hälfte mehr als aktuell. Damit schaffen wir die Grundlage für die auch langfristige

Sicherung einer leistungsfähigen Krankenhausversorgung in Bayern. Wichtig ist, dass die Mittel von den Krankenhausträgern dann auch abgerufen werden.

**7. Krankenhäuser sind Bestandteil der Daseinsvorsorge. Welche Trägerschaft würde Ihre Partei in Bayern besonders fördern:**

**Kommunale bzw. öffentlich-rechtliche Träger**

- **Frei gemeinnützige Träger**
- **Private Träger**
- **Alle gleichwertig**

**Antwort:**

In Deutschland und in Bayern haben wir plurale Trägerlandschaft im Krankenhauswesen. Unser System aus einander ergänzenden öffentlichen (in der Regel kommunalen), freigemeinnützigen (z. B. kirchlichen) und privaten Krankenhäusern hat sich bewährt. Diese Krankenhäuser sind keiner nachgeordneten Behörde des Staates und auch sonstigen Weisungen hinsichtlich ihres Betriebsablaufs unterworfen. In der Zuständigkeit der Staatsregierung wird durch Aufnahme eines Krankenhauses in den Krankenhausplan (lediglich) darüber entschieden, ob ein Krankenhaus zu Lasten der Gesetzlichen Krankenversicherung abrechnen kann und in welchem Umfang es Anspruch auf staatliche Investitionskostenförderung hat. Die Förderung bzw. Bevorteilung einer Trägerschaft ist rechtswidrig.

**8. Lauterbachs Krankenhausreform sieht die Ambulantisierung über Level 1i vor. Dies könnte ca. 41% der bayerischen Krankenhäuser treffen. Sieht Ihre Partei damit die klinische Versorgung in Bayern gewährleistet?**

- **Ja,**
- **Nein, wir werden versuchen, die aktuelle klinische Versorgung zu sichern.**

**Antwort:**

Wir brauchen auch auf dem Land gute ambulante und stationäre Einrichtungen, ob man das nun Level-1i-Klinik oder Gesundheitszentrum nennt. Wir müssen sicherstellen, dass für jeden und jede die Akutversorgung erreichbar bleibt. Auch ist es geboten, zu erklären, wie die Rettungsdienste neu aufgestellt und wie die niedergelassenen Ärzte einbezogen werden sollen. Auch das gehört zur Reform.

Eine gute Notfallversorgung im Flächenstaat Bayern ist uns wichtig. Das werden wir mit 100 Mio. Euro über die kommenden fünf Jahre unterlegen. Die Begleitung der Krankenhausreform und die Sicherstellung des notwendigen Einflusses der Länder auf

die Krankenhausplanung wird eine der größten Herausforderungen der kommenden Jahre sein. Die CSU wird sich hier weiterhin für die Interessen Bayerns diesbezüglich einsetzen. Es gilt zu verhindern, dass unsere gewachsene, leistungsfähige und krisensichere Krankenhausstruktur durch zentralistische Vorgaben, unter deren Geltung eine situationsangepasste Krankenhausplanung nicht mehr gewährleistet werden könnte, zerstört wird.